

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vorsitzender Joachim Hanisch

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Helga Schmitt-Bussinger

Abg. Susanna Tausendfreund

ORR Wolfgang Zacher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Andreas Fischer

Abg. Harald Schneider

Abg. Manfred Ländner

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Christine Kamm

**Bericht des Herrn Staatssekretärs Gerhard Eck
über den Stand des Netzausbaus für den BOS-Digitalfunk in Bayern (vgl. Be-
schlussempfehlung Drs. 16/7041)
- mit Aussprache -**

Vorsitz: Joachim Hanisch (FW)

Vorsitzender Joachim Hanisch (FW) verweist auf Zeitungsberichte, denen zufolge der Probetrieb des Digitalfunks wegen angeblicher Schwierigkeiten unterbrochen worden sei. Über die Gesamtinvestitionskosten geisterten neue Zahlen umher; die Geheimhaltung der Standorte für die Sendemasten, die Herr Eck dankenswerterweise etwas geöffnet habe, mache immer noch Probleme an der Basis. Die wenigsten könnten verstehen, dass man 50 Meter hohe Masten geheim halten müsse. Auch die Meldung, der Digitalfunk funktioniere an den S- und U-Bahnhöfen nicht, müsse angesprochen werden. Die Polizei funke angeblich digital, analog und mit Handy, um in irgendeiner Form Verbindung zu bekommen. Auch über Gerüchte, der Freistaat Bayern habe nicht die neueste Generation der Funkgeräte gekauft, sollte gesprochen werden.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium) stellt dar, von allen politischen Mandatsträgern sollte die Auffassung mitgetragen werden, dass die innere Sicherheit ein Markenzeichen des Freistaats Bayern sei. Sie müsse immer und überall oberstes Gebot sein. Der Analogfunk sei über 40 Jahre hinweg kontinuierlich aufgebaut worden; selbst jetzt sei er nicht zu 100 % funktionsfähig. In großen Bereichen bestünden riesige Lücken. Die Analogfunk-Technik müsse aber noch genutzt werden, bis der Digitalfunk flächendeckend funktioniere, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Die Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung änderten sich ständig. Die Einführung des Digitalfunks erhöhe die innere Sicherheit durch eine Verbesserung der Sprachqualität der Verbindungen und durch Abhörsicherheit.

Die Einführung des Digitalfunks erstreckte sich jetzt schon über 20 Jahre. In diesem Zeitraum hätten sich mit der Technik selbstverständlich auch die Kosten verändert. Bayern sei hier in der Tat phasenweise nicht an der Spitze marschiert, sondern als Glied einer Kette, vielleicht sogar mit einem leichten Durchhänger; zurzeit sei der Freistaat Bayern jedenfalls voll im bundesweiten Zeitplan. Derzeit beginne man, die

Systemtechnik zu installieren; bis 2012 solle der Freistaat Bayern seine Aufgabe im Hinblick auf die Installation der Hardware erfüllt haben. Ab 2012 solle die Integrationsphase beginnen.

Bundesweit gebe es 4.300 Basisstationen für den Digitalfunk, in Bayern seien 980 Basisstationen geplant. Zwar werde berichtet, dass der Digitalfunk in Berlin, Bremen und Hamburg bereits funktioniere - das seien Stadtstaaten. In München seien bereits drei Oktoberfeste mithilfe des Digitalfunks abgewickelt worden. Auch in München sei der Digitalfunk also bereits flächendeckend eingeführt. Im Dezember 2010 sei der erweiterte Probetrieb begonnen worden.

Der Digitalfunk sei in München nicht etwa "abgeschaltet", wie berichtet worden sei, sondern lediglich unterbrochen worden. Denn der erweiterte Probetrieb gestalte die Abnahme; wenn während der Abnahme auch nur die geringsten Störungen feststellbar seien, seien diese zu melden. Bayern wolle die Störungen ausmerzen, wie es auch in Baden-Württemberg, Hamburg und anderen Bundesländern geschehen sei. Den aktuellen Sachstand werde Herr Zacher berichten. Das Gerücht, Bayern verabschiede sich vom Digitalfunk, sei jedenfalls Unfug höchsten Grades.

Im Hinblick auf die Geheimhaltung habe die Staatsregierung ihr Vorgehen seit ein- und einhalb Jahren bereits verändert. In den bundesweit geltenden Richtlinien sei festgelegt, dass Standortakquise und Mastenstandorte geheim behandelt werden müssten. Die Bayerische Staatsregierung habe dieses Vorgehen den Vertretern der Kommunen und aller Blaulichtinstitutionen an runden Tischen vor Ort erläutert. Den Bürgermeistern sei in aller Klarheit mitgegeben worden, dieses Thema und mögliche Standorte in der jeweiligen Kommune im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung zu behandeln. Jeder Bürger, der von dieser Thematik tangiert sei, könne sich über den Gemeinderat in die Diskussion einbringen.

Trotzdem werde da und dort darüber geklagt, das Verfahren werde unter dem Siegel der Verschwiegenheit abgewickelt. Dieser Auffassung widerspreche er, Eck, massivst: Das Innenministerium sei überall unterwegs und diskutiere die Standorte in den Kommunen zusammen mit dem Gemeinderat öffentlich. In diese Diskussion könnten sich betroffene Bürger einklinken.

Ab und zu verlangten Bürgerinnen und Bürger komplette Listen der Standorte in ganz Bayern. Diese könnten nicht herausgegeben werden, weil es organisierte Gruppen gebe, die mitunter Honorare an Bürgerinnen und Bürger zahlten, die sich in solche Veranstaltungen setzten, um dort zu kritisieren und Gegenwind zu erzeugen. Es könne nicht sein, dass ein Bürger aus Unterfranken größtes Interesse an niederbayerischen Standorten habe. **Das Innenministerium vertrete die Auffassung, dass sich die Bürger dort, wo sie hautnah mit diesem Problem konfrontiert seien, einbringen könnten. Das sei ein vernünftiger und guter Weg.**

Die Netzplanung des Bundes sei vom Land umzusetzen. In dieser Netzplanung seien Lücken festgestellt worden. Auch die topographischen Herausforderungen in den Alpen- und Gebirgsregionen müssten berücksichtigt werden, sodass die Zahl der Standorte insgesamt um 50 erhöht worden sei. Ursprünglich habe man mit 133.000 Euro pro Standort an Umsetzungskosten gerechnet; mittlerweile rechne man mit 214.000 Euro. Daraus ergäben sich Mehrkosten in Höhe von 73 Millionen Euro für das Gesamtprojekt; hinzu kämen die genannten 50 zusätzlichen Standorte in Alpen- und Gebirgsregionen, die vielfach schwer zugänglich seien und bei denen mit 600.000 Euro pro Standort gerechnet werden müsse. Dies bedeute weitere 30 Millionen Euro. Schließlich hätten die BDBOS einen neuen Wirtschaftsplan vorgelegt, den der Freistaat Bayern nur ganz bedingt beeinflussen könne und aus dem weitere 30 Millionen Euro Mehrkosten resultierten. Insgesamt ergebe sich, hochgerechnet bis ins Jahr 2021, inklusive der Betriebskosten eine Summe von über 900 Millionen Euro. - Mittlerweile seien Vorverträge für 850 der 980 maximal benötigten Standorte abgeschlossen. Hier würden derzeit die Mietverträge abgeschlossen; darauf folge die Planungsphase, während der die Bauanträge eingereicht würden.

In manchen Kommunen würden bereits beschlossene und vom Gemeinderat genehmigte Standorte - zuweilen habe der Gemeinderat sogar gebeten, zusätzliche Antennen auf die Masten zu setzen - aufgrund der Diskussion unter den Bürgerinnen und Bürgern infrage gestellt, sodass das Innenministerium neu planen müsse. Dadurch ergäben sich enorme Zeitverluste und Kostensteigerungen. Wenn die gesamte Netzplanung wegen der Änderung eines einzigen Standorts überarbeitet werden müsse und gegebenenfalls zusätzliche Masten notwendig würden, entstünden mindestens Kosten zwischen 50.000 und 80.000 Euro; sie verteuerten das Projekt und verlängerten die

Realisierungsphase. Die Projektentwickler nähmen solche Probleme auf und versuchten, Lösungen herbeizuführen. Allerdings müsste das Projekt auch in den Kommunen und in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit entsprechend behandelt werden.

In topografisch schwierigem Gelände, in alpinen Regionen, in Nationalparks oder Naturschutzgebieten sei die Erschließung zuweilen schwierig. Dort könnte unter Umständen gegebenenfalls mit mobilem Gerät gearbeitet werden, das später aufgestellt werden könne. Letztlich würde das den Standard in den Regionen aber verändern. Mit diesen Fragen befasste sich das Innenministerium derzeit.

Das Funksystem sei so ausgelegt, dass es im jeweils ersten Raum eines Gebäudes funktioniere, sodass die Alarmierung erfolgen könne. Manche Gebäude erstreckten sich allerdings in die Tiefe; vermessen wäre es, zu sagen, dass der Digitalfunk auch dort überall funktioniere. Ein System, das all diesen Herausforderungen vollständig gerecht würde, gebe es nicht. Hier müsse vielmehr eine Objektversorgung organisiert werden; diese sei Angelegenheit des Eigentümers bzw. Nutzers: Bei einem Bundesstraßentunnel sei der Bund zuständig, beim Staat der Freistaat und bei einer kommunalen Straße die jeweilige Kommune. In ganz Bayern seien rund 200 Projekte betroffen; die technischen Fragen seien ohne Problem lösbar. In München seien für die entsprechende Ausrüstung von Tunnels und Straßenunterführungen Mittel aus dem Konjunkturpaket verfügbar gewesen.

Das Innenministerium sehe keine Alternative zum Digitalfunk, der die neueste und modernste Technik darstelle. Wie beim Handy schreite auch auf diesem Gebiet die Entwicklung ständig voran; ein Gerät, das heute neu beschafft werde, sei in zwei oder drei Jahren nicht mehr das neueste auf dem Markt. Damit müsse man in der heutigen schnelllebigen Zeit leben. - Gerne beantworte er, Eck, noch offene Fragen.

Abg. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) dankt dafür, dass Staatssekretär Eck den Bericht persönlich erstatte, und kündigt eine detaillierte Diskussion an. Die SPD habe den Bericht beantragt, weil es im Land enorme Probleme mit der Akzeptanz und mit der Vorgehensweise des beauftragten Unternehmens im Umgang mit Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern gebe. Außerdem gebe es technische Probleme bei der Umsetzung. Der Bericht hätte nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich gegeben

werden sollen; üblicherweise liege er den Abgeordneten während des Vortrags schriftlich vor, damit sie mitlesen und ihn besser hinterfragen könnten. Deswegen gebe es den Bericht wahrscheinlich jetzt auch nicht schriftlich.

Der BOS-Digitalfunk sei eine unendliche und eine unglückliche Geschichte, denn die Informationspolitik sei auf der ganzen Linie gescheitert. Bürgerinnen und Bürger aus ganz Bayern beklagten, dass sie von oben herab behandelt würden, wie es eher in einem autoritären als in einem demokratischen Staat geschehe, sie fühlten sich vor den Kopf gestoßen und in ihren Anliegen nicht ernst genommen. Die Staatsregierung möge sich vor Ort kundig machen. Denn die Vorgehensweise der Staatsregierung, die hier dargestellt worden sei, spreche im Detail gegen das Innenministerium und gegen die Vorgehensweise der beauftragten Firma. Dazu lägen heute zwei Petitionen vor, die von fast 1.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt würden. Vor einigen Wochen seien hierzu acht Petitionen behandelt worden, hinter denen mehr als 4.000 Bürgerinnen und Bürger gestanden seien. Nicht klug sei es, zu sagen, Störer und Kritiker würden eingeschleust, um Protest zu erzeugen, der eigentlich gar nicht da wäre. Damit würden Bürger diskreditiert. Dagegen verwahre sie, Schmitt-Bussinger, sich ausdrücklich. Die Bürger vor Ort hätten vielmehr glaubwürdige Argumente und hätten sich auch fachlich mit der Standortsuche auseinandergesetzt. Sie benannten Alternativstandorte und würden mit nicht nachvollziehbaren Ablehnungsgründen vor den Kopf gestoßen. Das könne nicht richtig sein. Die Staatsregierung müsse der Firma Telent bzw. Diginet klar sagen, dass sie so nicht mit der Bürgerschaft umzugehen habe. Demgegenüber verfare das Innenministerium nach dem Motto "Augen zu und durch" - dieser Eindruck entstehe jedenfalls bei ihr, Schmitt-Bussinger. Das sei nicht hilfreich. Hilfreich wäre es demgegenüber, sich bei Kritik vor Ort mit den Menschen fair auseinanderzusetzen.

Die technischen Probleme seien als zweiter Punkt im SPD-Berichts Antrag angesprochen. Der Digitalfunk in München sei in Bereichen, in denen er nicht funktioniere, vorübergehend abgeschaltet (Staatssekretär Eck: Er ist nicht abgeschaltet, er ist unterbrochen worden! Die Anlage läuft weiter, sie ist nur in dem Gebiet unterbrochen worden. "Abgeschaltet" wäre es, wenn das ganze System stillgelegt würde!) oder unterbrochen worden. Inhaltlich bedeuteten die beiden Worte das Gleiche; hier gebe es jedenfalls Probleme. Niemand sei schadenfroh; aber es gelte, die Probleme anzusprechen und Lösungen aufzuzeigen.

Im Berichts Antrag frage die SPD nach der Standortfindung in Gegenden, in denen es funktechnische Probleme gebe. Dazu oder zu Alternativen, zum Beispiel einem eigenen Funknetz für die Bergwacht, habe der Staatssekretär gar nichts gesagt. - Ferner habe die SPD gefragt, ob der Analogfunk in einigen Bereichen aufrecht erhalten werden müsse und ob das Tetra-System in bestimmten Situationen, etwa bei der Übermittlung großer Datenmengen, bei der Ortung von Einsatzfahrzeugen oder bei schnellem, ungehindertem Zugriff auf Datenbanken funktionstüchtig sei. Hierzu erbitte sie, Schmitt-Bussinger, noch Ausführungen.

Die Einführung des Digitalfunks als solche werde von niemandem kritisiert. Die SPD habe sich dafür ausgesprochen. In den Jahren 2002 bis 2004 habe sie sich dafür eingesetzt, dass man endlich zu Potte komme. Damals habe man sich mit dem Bund über die Kostenträgerschaft gestritten. Jetzt gehe um die Einführung, die zwar zügig, aber unter fairer Berücksichtigung der Problemstellungen vor Ort erfolgen solle.

Die Kostensteigerung von 700 auf 900 Millionen Euro sei erheblich, wenn auch nachvollziehbar sei, dass der Aufwand in Gebirgsregionen höher sei als zunächst angenommen. Aber der Sprung von zunächst 133.000 Euro auf 600.000 Euro pro Standort sei nicht ohne Weiteres erklärbar und erläuterungsbedürftig. - Staatssekretär Eck sollte die Arbeit der beauftragten Firma nicht unbesehen akzeptieren; es sollte nicht dazu kommen, dass in Problembereichen in einem Hauruck-Verfahren über die Köpfe der Betroffenen und der Kommunen hinweg an Entscheidungen festgehalten werde, für die es nachvollziehbare, auch technisch gute Alternativen gebe. Das schulde das Parlament einer demokratischen Vorgehensweise, um einen großen Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen zu vermeiden. Hier sollte möglichst Einvernehmen hergestellt werden.

Vorsitzender Joachim Hanisch (FW) äußert die Vermutung, das Innenministerium habe versucht, den erbetenen Bericht so schnell wie möglich zu geben; vielleicht liege der Bericht deswegen heute nicht schriftlich vor. Ansonsten wäre der Bericht wesentlich später gegeben worden.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium) bestätigt diese Annahme des Vorsitzenden. Um im Ausschuss zeitnah berichten zu können, sei die mündliche Form gewählt worden. - Er, Eck, berichte jederzeit im Ausschuss oder in einem Arbeitskreis. Aber natürlich dränge er, Eck, sich nicht auf.

Aus zwanzigjähriger Erfahrung als Bürgermeister kenne er, Eck, die Sorgen und Nöte der Menschen und könne die Diskussionen in den Gemeinden sehr gut nachvollziehen. Deshalb sei die Vorgehensweise des Innenministeriums vor eineinhalb Jahren geändert worden. Kein anderes Bundesland habe seine Standortakquise mit weniger Problemen betrieben als Bayern. In Bayern gebe es vielleicht 50 Standorte, an denen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werde. **Über die Köpfe der Betroffenen hinweg werde keinesfalls entschieden.** Allerdings gebe es technische Gegebenheiten, die man nicht ändern könne. Beispielsweise seien die Masten 40, 50 oder 60 Meter hoch, damit weniger Standorte gebraucht würden. In Österreich gebe es zwar fast keine Masten über 40 Meter - allerdings habe Österreich fast doppelt so viele Masten wie Bayern.

Sehr schön sei es, den Bürgern sagen zu können, man sollte nach dem Motto verfahren: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! - Das gehe aber nicht. Die SPD verkünde überall, sie sei für den Digitalfunk; auch die CSU vertrete den Digitalfunk. Wer mehr Sicherheit für die Menschen wolle, müsse dazu sagen, dass dafür ein paar Basisstationen und Standorte gebraucht würden. **Wenn es Probleme gebe, rede die Staatsregierung mit den Betroffenen vor Ort.** - Dass die Niederbayern Störer seien, habe er, Eck, nicht gesagt; vielmehr habe er darauf hingewiesen, dass es organisierte Störereinheiten gebe, die da oder dort die Veranstaltungen des Innenministeriums besuchten. Zuweilen würden sie von organisierten Gruppen entsandt - nicht von den Nachbarn eines potenziellen Mastenstandorts. Die Leute seien meistens anständig und diskutierten offen mit. Aber es gebe organisierte Einheiten, die solche Vorhaben grundsätzlich torpedierten.

Heute Nachmittag diskutiere er, Eck, wieder an einem geplanten Mastenstandort am runden Tisch mit dem Landrat, dem Bürgermeister, den Blaulichtorganisationen, der Polizei und allen Betroffenen. Wenn der Standort fest vereinbart sei, werde er im Gemeinderat öffentlich behandelt. Nach einem positiven Gemeinderatsbeschluss bitte der Gemeinderat manchmal das Innenministerium, auf dem Mast eine weitere Antenne zu-

zulassen. Das werde vom Innenministerium genehmigt, wenn die Kommune das wolle. Drei, vier Monate nach der Veröffentlichung der Beschlusslage im Amtsblatt werde vom Innenministerium der Bauantrag eingereicht - und dann werde das Thema wieder in der Gemeinde diskutiert. Man könne den Akquisiteuren nicht vorwerfen, sie hätten unter dem Siegel der Verschwiegenheit gehandelt. Natürlich werde das Problem vom Innenministerium ernst genommen, auch wenn es drei Monate nach dem positiven Gemeinderatsbeschluss vorgetragen werde. Das sollte aber nicht als falsches Vorgehen bezeichnet werden. Er, Eck, spreche draußen unablässig und parteiübergreifend mit Kommunalpolitikern sowie Bürgerinnen und Bürgern, um Lösungen zu suchen. Das Engagement, das die Staatsregierung aufbringe, sei durchaus beachtlich. Wenn sich draußen irgendwo ein Akquisiteur über die Köpfe der Bürgerschaft hinwegsetze - er Eck, könne nicht sicherstellen, dass jedes Wort zu 100 % anständig und fair sei; das könne niemand, der Mitarbeiter habe, überall sicherstellen; die Linie sei jedenfalls so angesagt -, bemühe sich das Innenministerium um Veränderung. Insgesamt laufe das Projekt aber so ab.

Funkprobleme seien im erweiterten Probetrieb, der Abnahmephase, ganz normal. Nach Abschluss der Abnahmephase laufe das Projekt. In dieser Phase sei der Auftraggeber aufgerufen, alle, auch die geringsten Ungereimtheiten aufzuzeigen. Wenn während der Abnahme kein Problem zu lösen wäre, würde das bedeuten, dass das Projekt in Perfektion laufe. Das sei aber nicht möglich. Der Analogfunk werde seit vierzig Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Kein Digitalfunkprojekt in keinem Bundesland werde ohne Unterbrechung einfach laufen. Diese Problematik arbeite das Innenministerium derzeit ab.

Bayern habe derzeit nicht etwa 200 Problemfälle, sondern ungefähr 200 Objekte, deren funktechnische Versorgung ohne jegliches Problem lösbar sei. Jeder Träger sei für die Objektversorgung seiner Einheit finanziell zuständig, der Bund für die Bundesstraßen, der Staat für die Staatsstraßen und die Kommunen für die kommunalen Straßen. - Zweck der Einführung des Digitalfunks sei es, einen einwandfreien Sprechverkehr zu ermöglichen. Mit dem Digitalfunk seien der Sprechfunk ohne Rauschen, die Ortung von Gesprächen und Personen sowie das Versenden von Kurznachrichten und Daten mög-

lich. Irgendwann müsse aber die Software ausgetauscht werden, und dann könnten weitere Entwicklungen einfließen.

Abg. Susanna Tausendfreund (GRÜNE) hebt hervor, die GRÜNEN hätten die Einführung des Tetra-BOS-Funks für Polizei und Rettungsdienste nie infrage gestellt, sondern unterstützt. Allerdings sei bei der Einführung so viel "Murks" in Technik und Verfahren zu beobachten, dass die Verantwortlichen eigentlich in Sack und Asche gehen müssten. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, den Digitalfunk bis zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 einzuführen. Diese Zeitvorgabe sei bei Weitem nicht eingehalten worden.

Der Anstieg der Kosten von 700 auf über 900 Millionen Euro sei gravierend, zumal zu befürchten sei, dass die Kosten noch weiter stiegen und man es mit einem Fass ohne Boden zu tun habe. Zu fragen sei, warum die Kosten nicht von vornherein richtig kalkuliert worden seien.

Die Unterlagen für die anstehenden Haushaltsberatungen zeigten, dass 2012 100 Millionen Euro mehr gebraucht würden; diese würden aber nicht in den Haushalt eingestellt, sondern sollten über den Nachtragshaushalt bewilligt werden. Das sei unseriös: Nachdem bereits feststehe, dass in 2012 weitere 100 Millionen Euro benötigt würden, gehörten sie auch in den Haushalt. Hier werde getrickst, damit die Staatsregierung ihren Haushalt ohne Neuverschuldung hinbekomme.

Die Sprachqualität sei im Probetrieb wohl von Anfang an miserabel gewesen. Im Hinblick auf die zunächst geplante Einführung in 2006 seien schon 2001 die ersten Geräte angeschafft worden. In vielen Bereichen arbeite man mit inzwischen wahrscheinlich schon wieder veralteter Technik und zehn Jahre alten Funkgeräten. Sogar die Magnetschale in den Autos, in der die Geräte abgelegt würden, verursache Funkstörungen. Nicht nachvollziehbar sei, dass solche technischen Mängel aufträten. Weitere Fragen seien bei der Objektversorgung und beim Inhouse-Empfang offen. Von der Baugenehmigungsbehörde in München würden für Tiefgaragen oder große Gebäude beide Netze beauftragt; unklar sei, wie lange dieser Parallelbetrieb weiterlaufen solle. Zum Stand der Dinge bei U- und S-Bahnen erbitte sie ebenfalls einige Ausführungen. - Die Basis sei dem Vernehmen von der Unterbrechung des Digitalfunk-Betriebs nicht

wirklich erschüttert, sondern eher erleichtert gewesen, weil man wieder mit Analogfunk arbeiten konnte. Die Feuerwehren seien eigentlich mit dem Analogfunk zufrieden. Diese Entwicklung zeige nicht wirklich in Richtung einer raschen Einführung des Digitalfunks.

Bei der Standortsuche sei man zunächst nicht offen gewesen. Nachdem Herr Eck Staatssekretär geworden sei, habe sich das etwas gebessert; allerdings habe man zu diesem Zeitpunkt die Standorte nicht mehr unter der Decke halten können. Viel Ärger bei der Standortsuche hätte vermieden werden können, wenn das Verfahren von Anfang an transparent gewesen wäre und wenn die Bevölkerung von Anfang an mit einbezogen worden wäre. Die Behandlung der Standorte als Staatsgeheimnisse sei bekanntlich vom Bundesinnenministerium vorgegeben worden, aber es sei einfach albern, Sicherheitsprobleme zu befürchten, wenn Standorte bekannt seien, die jedermann sehen könne. Wie die Kommunalpolitiker vor Ort mit den Standorten umgingen, sei höchst unterschiedlich: Manche behandelten die Standorte öffentlich, andere seien da unsicher. Bei der Überprüfung der Standortalternativen, die von Petenten und/oder Bürgerinitiativen vorgeschlagen würden, sei es natürlich schwierig, darzustellen, dass sich die Staatsregierung schon bei vielen Standorten bereits festgelegt habe und dass Alternativen nicht mehr ernsthaft geprüft würden.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium) dankt für die Unterstützung der Einführung des Digitalfunks durch die GRÜNEN. Die Kritik an den gestiegenen Kosten passe nicht zur Kritik daran, dass nicht alle Bürgeranliegen berücksichtigt würden. Alle Standortprobleme könnten gelöst werden, wenn die Umplanungskosten und die Kosten zusätzlicher Standorte nicht kritisiert würden. Jeder zusätzliche Standort koste bis 2021 ungefähr 1 Million Euro. Dieser Zusammenhang müsse gesehen werden.

Die Kommunen seien bereits 2006/07 darüber informiert worden, dass der Digitalfunk komme und dass Standorte in den Kommunen gesucht würden. Zwar seien Details noch nicht bekannt gewesen, aber die Information über die Entwicklung des Projekts Digitalfunk sei gegeben worden. Er, Eck, habe für einen offenen und ehrlichen Umgang mit der Thematik gekämpft. Das sei mittlerweile geklärt; die Staatsregierung sei hier auf einem Weg, der gar nicht verbesserbar sei.

Nicht so glücklich sei die Aussage von Frau Tausendfreund gewesen, hier sei "Murks" gemacht worden. Während des jetzigen Probetriebs werde die Sprachqualität nachgebessert; für diese Optimierung der Einstellungen müsse der Probetrieb unterbrochen werden. Eine andere Handhabung sei nicht vorstellbar. - Bayern sei voll im Zeitplan des Verwaltungsabkommens, das 2007 mit den Bundesländern abgeschlossen worden sei und das den Roll-out-Plan für die ganze Bundesrepublik enthalte. Bayern sei in der ersten Phase mit dabei, weil in Bayern bereits 25 % aller Basisstationen stünden. In München habe die Standortakquise keine Sorgen bereitet: Die Antennen seien auf hohen Gebäuden installiert worden; das habe die Bevölkerung kaum interessiert. Auf dem flachen Lande fielen die Sendemasten natürlich viel mehr auf. Fast 1.000 Standorte müssten gemanagt werden. Bayern sei exakt im bundesweiten Plan. Einzig Baden-Württemberg sei ein Stück weiter als Bayern. - Vor zehn Jahren seien einige Probegeräte beschafft worden, damit die Polizei die Thematik überhaupt habe besprechen können. Die Geräte, die in der Masse benötigt würden, würden jetzt erst beschafft. Der Vorwurf, Bayern habe veraltete Technik, treffe nicht zu; die Technik werde sukzessive beschafft, wie sie eben benötigt werde.

Der Inhouse-Empfang sei technisch kein Problem; es gehe hier lediglich um die Kosten. Die Kosten für die Inhouse-Versorgung müsse der Nutzer bzw. Eigentümer tragen, wie es beispielsweise auch beim Brandschutz sei.

ORR Wolfgang Zacher (Innenministerium) ergänzt, die BDBOS habe mit der Firma EADS, jetzt Cassidian, vereinbart, dass sie die Systemtechnik liefere, einbaue und konfiguriere, also die Basisstationen so aufeinander abstimme, dass der Digitalfunk hervorragend funktioniere. Das werde im Rahmen der Abnahme getestet. Der erweiterte Probetrieb sei ein halbjähriger Abnahmeprozess. Dabei habe sich gezeigt, dass die Sprachqualität nicht optimal sei und dass es Verbindungsabbrüche gebe. Während der Feinjustierung aller Parameter sei der Betrieb unterbrochen worden. Ähnliche Nachbesserungen habe es in anderen Bundesländern auch gegeben. Möglicherweise spiele auch die Einstellung der Endgeräte eine Rolle. Die Annahme, ein so hoch komplexes IT-Verfahren funktioniere sofort hundertprozentig, sei irrig; da müsse vielmehr im Detail nachgebessert werden, und das sei auch der Sinn des halbjährigen Probetriebs, der derzeit gefahren werde. Die jetzige Unterbrechung sei ein normaler, banaler

Vorgang. Lieber melde die Staatsregierung im erweiterten Probetrieb ihre Ansprüche auf ein hervorragendes Netz an, als nach der Abnahme und Bezahlung Mängelrügen geltend zu machen. - Die Wogen, die die Unterbrechung des Betriebs in der Presse geschlagen habe, seien auf den Hinweis des Polizeipräsidioms München zurückzuführen, dass während der Unterbrechung analog gefunkt werde.

Abg. Bernhard Pohl (FW) begrüßt die Einhelligkeit, mit der im Parlament die Notwendigkeit des Digitalfunks fraktionsübergreifend betrachtet werde. Das seien keine Lippenbekenntnisse, sondern dahinter stehe Ernsthaftigkeit, wie die Behandlung der Petitionen in der letzten Sitzung des Ausschusses gezeigt habe.

Die Bemühungen der Staatsregierung um ein transparentes Verfahren seien zwar schön, aber in der Vergangenheit sei das leider anders gewesen. Daher gebe es jetzt durchaus ein regional unterschiedliches Akzeptanzproblem, das ernst genommen werden müsse. Richtig sei die Aussage des Staatssekretärs, dass es Berufskritiker, die prinzipiell dagegen seien, gebe, ob die nun bezahlt würden oder nicht. Aber all diejenigen, die berechtigterweise Kritik übten und sachliche Argumente vorbrächten, dürften mit diesen nicht in den gleichen Topf geworfen werden. Sachlich geäußerte Kritik müsse ernst genommen werden.

Möglicherweise sei Bayern jetzt im "Zeitplan". Allerdings habe es schon viele Zeitpläne gegeben. - Zu der Frage, ob die technischen Probleme tatsächlich behebbar seien, ob es sich um Kinderkrankheiten oder systemische Probleme handele, wäre eine Aussage der Staatsregierung wichtig. Dass es im Probetrieb zu Problemen kommen könne, sei nachvollziehbar. Zu fragen sei auch, ob die Staatsregierung nicht nur die neueste, sondern auch die beste Technik beschaffe, was die Polizei, die Feuerwehr für erforderlich halte. Er, Pohl, habe gehört, dass die Durchsatzrate minimal sei und dass jedes Handy leistungsfähiger sei. Angeblich könnten Bilder, Fahndungsfotos et cetera nicht übertragen werden.

Die Erstellung einer Standortkarte sei kein Problem, wenn die Standorte öffentlich diskutiert würden. Zu fragen sei, ob das Innenministerium nicht willens oder in der Lage sei, diese "kleine Art der Transparenz" selber zu liefern.

Abg. Dr. Andreas Fischer (FDP) schließt sich dem Dank für den Bericht an und hebt hervor, an der Notwendigkeit, zum neuen Funksystem, dem bestmöglichen, zu wechseln, könne es keinen Zweifel geben. Dass das Zeit brauche, sollte hingenommen werden. - Kritisch zu betrachten seien die Mehrkosten, die Standortfrage und die technischen Probleme. Unklar sei, ob wirklich gesagt werden könne, bis wann die technischen Probleme gelöst werden könnten und woran es genau liege. - Die Mehrkosten würden auf die Topografie Bayerns zurückgeführt; diese sei aber weder neu noch unbekannt. Die Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bürger sei ein weiterer Grund für entstehende Mehrkosten; diese Ausgaben seien sinnvoll. Zu fragen sei, ob die Kosten deswegen entstünden, weil man die Bürger nicht von Anfang an eingebunden habe, und ob sie vermeidbar gewesen wären, wenn man von Anfang an mehr Wert auf Transparenz gelegt hätte. - Zwar könne man es bei Standortentscheidungen niemals allen recht machen, aber bei 50 Brandherden müsse man aufpassen, dass es nicht zu einem Flächenbrand komme. Nicht immer liege es in erster Linie am Innenministerium; oft gebe es auch auf kommunaler Ebene kein klares Verfahren für die Bürgerbeteiligung. Bei den Möglichkeiten, die Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene zu verbessern, sollte künftig angesetzt werden. Derzeit könne man nicht einmal eine Liste der Standorte eines Landkreises bekommen; das liege am Bund, wie Herr Zacher bei der letztmaligen Behandlung mitgeteilt habe. Für den Fall, dass es die Auffassung der Staatsregierung sein sollte, dass diese Listen auf Landkreisebene vertraulich zu behandeln seien, schliesse er, Fischer, der Auffassung Herrn Pohls an: Jeder, der Böses im Schilde führe, könne sich die Liste der Mastenstandorte auf Landkreisebene sehr leicht verschaffen; die Bürgerinnen und Bürger vor Ort hätten berechtigtes Interesse daran, in die Nachbargemeinde schauen zu können.

Abg. Harald Schneider (SPD) macht geltend, niemand hier im Raum befürworte die Einführung des Digitalfunks dringender als er, Schneider. Zu Standortdiskussionen wolle er nichts beitragen; wichtig sei allein die Frage, wann der Digitalfunk laufe. Den Polizisten aus München sei es schnurzegal, ob "abgeschaltet" oder "unterbrochen" sei - sie wollten funken. Daran müsse gearbeitet werden. Da gebe es viel zu viele Mängel. Jetzt werde vom "erweiterten Probetrieb" gesprochen, nachdem es zwei Jahre lang den "Probetrieb" beim Oktoberfest gegeben habe. Der habe auch nicht funktioniert: Einen Tag, bevor der Innenminister den Probetrieb habe vorführen wollen, hätten

Hard- und Software in den Geräten ausgetauscht werden müssen. Andernfalls wäre es zu einer "Riesenpleite" für den Minister auf dem Oktoberfest gekommen. Jetzt gebe es Probleme mit Halleffekten; die Notstromversorgung sei nicht gewährleistet.

Der Sicherheitsaspekt dürfe nicht aus den Augen verloren werden; der Digitalfunk müsse unbedingt und schnell eingeführt werden, weil es für den 40 Jahre alten Analogfunk keine Ersatzteile mehr gebe. Derzeit könnten manche Bereiche des Münchener Olympiastadions weder mit Analog- noch mit Digitalfunk erreicht werden.

Bereits im Oktober hätten Polizeibeamte das Innenministerium auf die Lage in der U-Bahn aufmerksam gemacht. Anlässlich des Tods von Dominik Brunner habe das Innenministerium auf die letztendlich lebenswichtige Bedeutung der Erreichbarkeit der Polizei in den U-Bahn-Stationen hingewiesen, (Zwischenruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU)) wobei es den Kollegen vollkommen egal sei, ob der Oberbürgermeister oder der Innenminister zuständig sei. Die Polizei brauche nicht unbedingt die allerneuesten Geräte mit Bildübertragung und Übertragungsmöglichkeit für Fingerabdrücke etc.; sie müssten einfach stabil funktionieren. Das sei bisher nicht gegeben. Nachdem es für den Analogfunk keine Ersatzteile mehr gebe, müsse beim Digitalfunk endlich etwas passieren. Leider sei die Einführung des Digitalfunks von Pleiten, Pech und Pannen gekennzeichnet; die Staatsregierung müsse für eine funktionierende Funkverbindung der Polizei sorgen.

Unklar sei, wie viele Privatfirmen über Telent und Cassidian hinaus hier beteiligt seien und ob die Verzahnung funktioniere. Er, Schneider, habe das Gefühl, hier verdürben viele Köche den Brei. Die Polizei warte jedenfalls dringend auf eine ordentliche Versorgung mit einem funktionierenden Funk.

Abg. Manfred Ländner (CSU) stellt fest, der Digitalfunk könne nur dann eingeführt werden, wenn Funkmasten stünden. Der technische Standard stehe; wenn die U-Bahn in München nicht versorgt werde, liege das nicht an der Technik, sondern an dem Streit zwischen Stadt München und Freistaat Bayern darüber, wer in der U-Bahn für die Objektversorgung zu bezahlen habe. Mit dem Digitalfunk habe diese rein fiskalische Frage nichts zu tun. Staatssekretär Eck habe darauf verwiesen, dass die Staatsregierung mit Hochdruck in allen Richtungen an der Einführung des Digitalfunks arbeite. Zu fragen

sei, ob die Einführung des Digitalfunks so emotional besetzt werden sollte, wie es geschehe. Diese technische Aufgabe müsse gelöst werden; sie eigne sich keinesfalls für politische Schenkelklopfer. Bei der jetzigen Unterbrechung des Betriebs in München gehe es lediglich um die Behebung der Einführungsprobleme. Wenn da irgendwas nicht klappe, sei das für die Galerie und die Medien ein Fest. Natürlich versuchten einige, damit ihr politisches Geschäft zu betreiben.

Wer den Digitalfunk schnell wolle, sollte sich darauf besinnen, dass verschiedene Parteien und Fraktionen in der Kommunalpolitik an einem Strang zögen und versuchten, gemeinsam das Beste für die Bürger herauszuholen. Beim Analogfunk habe man bayernweit 3.500 Antennen gebraucht; für den Digitalfunk würden 950 Standorte benötigt, von denen eine hochfrequente, pulsierte Strahlung ausgehe. Der Grenzwert betrage in Deutschland 27.500 Millivolt pro Meter; viele hätten in Deutschland gerne den Schweizer Grenzwert von 3.000 Millivolt pro Meter. Beim Digitalfunk würden 500 Millivolt pro Meter gemessen, also wesentlich weniger als bei jedem Handy.

Staatssekretär Eck sei sehr engagiert und bemühe sich, Lösungen zu finden. Über 800 Standorte in Bayern seien bereits vorvertraglich gesichert; diese Zahl zeige, dass die Änderung der Informationspolitik unter Staatssekretär Eck viel gebracht habe. Nicht richtig sei es, die Probleme, die die Menschen mit den Standorten hätten, politisch zu instrumentalisieren. Vorurteile und Ängste der Menschen sollten in diesem Zusammenhang nicht geschürt werden. Alle Fraktionen wollten möglichst schnell den Digitalfunk; deshalb sollten sich die Fraktionen bemühen, Probleme gemeinsam zu lösen. Angebracht wäre es daher, Vertrauen zum Innenministerium zu haben, dieses mit der Lösung des Problems zu beauftragen und das notwendige "Kleingeld" in die Hand zu nehmen. Der Eindruck, man wolle den Digitalfunk ohne Masten, sei von vornherein unglaubwürdig.

Abg. Dr. Florian Herrmann (CSU) hält es für richtig, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die zu den Standorten artikuliert würden, im Sinne eines wirklichen Eingehens auf die Argumente ernst zu nehmen. Die derzeitige Informationspolitik des Innenministeriums sollte fortgeführt werden. **Das Innenministerium sollte auch Einladungen einzelner Bürgerinitiativen annehmen - zu hören sei, dass nur Gesprächstermine in den Rathäusern, bei denen alle teilnehmen könnten, wahrgenommen würden.** Sinnvoll

wäre es wohl trotzdem, zuweilen auch zu einzelnen Bürgerinitiativen zu gehen. - Vielfach werde ein verständliches, kurz gefasstes Informationsblatt zur Thematik gewünscht. Wenn das Ziel sei, den Funk gänzlich zu verhindern, werde es keinen gemeinsamen Weg geben; das sei klar. Insofern seien alle aufgerufen, konstruktiv zu arbeiten.

Nicht korrekt sei es, sich einerseits in Lippenbekenntnissen für eine möglichst schnelle Einführung des Digitalfunks auszusprechen, aber gleichzeitig laufend vermeintliche, aber in erster Linie auch aufgebauchte Schwierigkeiten in den Vordergrund zu stellen. (Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Dass die aufgebaucht sind, können Sie beurteilen? Das ist ja unglaublich - Sie haben die Weisheit mit Löffeln gefressen, und wir haben keine Ahnung. So stellen Sie es dar!) Da werde laufend behauptet, es werde über die Köpfe der Bürgerschaft hinweg entschieden. Das möge wohlfeil sein, entspreche aber nicht der Wahrheit. (Widerspruch bei der SPD) Wenn das Ziel sei, den Funk ganz zu verhindern, möge das richtig sein. Aber wenn runde Tische in den Rathäusern durchgeführt würden, werde doch nicht über die Köpfe hinweg entschieden, und schon gar nicht im Hauruck-Verfahren. Dort, wo er, Herrmann, es beurteilen könne, seien die Planungen ausgesetzt worden, damit nach einem neuen Standort gesucht werden könne.

Durch Kritik an den Begrifflichkeiten und Spitzfindigkeiten - "Abschalten" oder "Unterbrechen" - werde absichtlich Verwirrung geschaffen. Plug and play funktioniere vielleicht beim elektrischen Haartrockner, aber nicht bei komplexen technischen Einrichtungen wie einem Funknetz. Anlauf- und Testphasen seien hier unerlässlich. Naiv wäre es zu glauben, ein komplexes System funktioniere auf Knopfdruck. - Wer sich für eine drei Jahre alte, stabile Technik ausspreche, die in der Praxis sicher funktioniere, sollte nicht gleichzeitig kritisieren, dass alte Geräte verwendet würden. Solche Äußerungen trügen zur Verunsicherung bei. Wenn es das gemeinsame Ziel sein, den Digitalfunk einzuführen, sollte das im Vordergrund stehen. Natürlich müssten Gespräche draußen geführt, Schwierigkeiten angegangen werden, die Standorte im Konsens ermöglicht werden, auch wenn es mehr Geld koste.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium) unterstreicht, die Standortakquise könne gar nicht transparenter betrieben werde, als es derzeit geschehe. Alle Verantwortlichen vor Ort würden eingebunden. Den Kommunen werde angeraten, die

Thematik in der öffentlichen Gemeinderatssitzung zu besprechen. Auch die Nachbarkommunen würden angesprochen. Allerdings könne sich das Innenministerium nicht mit niederbayerischen Bürgerinitiativen über die Standortakquise in Unterfranken austauschen. Herr Schneider kritisiere die lange Verfahrensdauer; wenn aber alle Bürgerinitiativen mit ins Boot genommen würden, komme man nicht weiter. Manchen Mitgliedern der Bürgerinitiativen gehe es darum, das Aufstellen von Sendemasten zu verhindern.

Das Innenministerium nehme die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort betroffen seien, ernst. **Dort, wo eine Bürgerinitiative gebildet werde, sei das Innenministerium überall bereit, unter der Leitung des Bürgermeisters auch mit der Vorstandschaft der Bürgerinitiative zu sprechen.** Entsprechende Einladungen seien nicht ausgeschlagen worden. **Das Innenministerium habe in diesem Zusammenhang keine Einladung abgelehnt.** (Widerspruch) Sollte das doch der Fall sein, wäre dies sehr, sehr unglücklich; einem solchen Fall gehe er, Eck, gerne nach. **Ihm, Eck, sei von der Arbeitsgruppe im Innenministerium mitgeteilt worden, dass jede Einladung zum Gespräch angenommen worden sei. - Mehr Transparenz sei nicht möglich.**

Wenn aber die Sorgen und Nöte der Menschen ernst genommen werden und Masten versetzt werden sollten, müssten auch die Folgekosten akzeptiert werden. Die Versetzung eines einzigen Masten habe Konsequenzen für die gesamte Netzplanung. Das müsse fair behandelt werden. Pro Standort müsse mit ungefähr 1 Million Euro Kosten und einer Verlängerung des Verfahrens gerechnet werden. - Der Vorwurf, dass es in München in der U-Bahn nicht weitergehe, sollte nicht gegenüber dem Innenministerium erhoben werden. Das Thema sei mit der Stadt wiederholte Male besprochen worden. Das Innenministerium stelle die Hardware zur Verfügung. Stadt und Land arbeiteten hier sehr gut zusammen, aber die Objektsicherung der U-Bahn sei Aufgabe der Stadt. - Der Analogfunk müsse betrieben werden, bis vollständig auf Digitalfunk umgerüstet sei, um die Sicherheit gewährleisten zu können. Ziel sei, die Umstellungsphase bis 2014, Anfang 2015 abzuschließen.

ORR Wolfgang Zacher (Innenministerium) antwortet, das Innenministerium halte die Probleme für behebbar. Die Technik Tetrafunk funktioniere, allerdings müsse derzeit angepasst werden. Es gebe eine Vielzahl von möglichen Gründen, warum das Netz

noch nicht funktioniere; die Nachbarschaftsbeziehungen seien bereits angesprochen worden. Auch Bedienungsfehler seien eine mögliche Fehlerquelle. - Bundes- und europaweit setze man auf die bewährte, stabile Technik Tetrafunk. Bei den Endgeräten wähle die Staatsregierung in jedem Beschaffungszyklus das jeweils neueste Gerät. - Die Übertragung von Fotos sei ein Problem des Netzes, nicht der Endgeräte. Das Netz sei auf breitbandige Sprachversorgung und schmalbandige Datenversorgung ausgerichtet. Per GPS könnten Ortungen vorgenommen und SMS - Kurznachrichten - versandt werden. Das sei für den Einsatz sehr wichtig, um das, was per Sprache übertragen worden sei, noch mal per Daten auf das Gerät zu übertragen, sodass nachgelesen werden könne. Das funktioniere. Ein Systemwechsel auf eine neue Tetra-Version werde jetzt abgelehnt; zunächst werde das System bundesweit ausgerollt. Aber natürlich könnten in drei, vier, fünf Jahre per Update mit einer breitbandigeren Datenübertragung neue Tetra-Versionen aufgesetzt werden, wenn das bundesweite Netz einmal stehe.

Abg. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) bedankt sich bei Herrn Dr. Herrmann für die eindrucksvolle Erläuterung des Unterschieds zwischen einem elektrischen Haartrockner und dem Digitalfunk; sie, Schmitt-Bussinger, habe schließlich nicht promoviert, und insofern sei diese Erläuterung durchaus angebracht gewesen. - Im Unterschied zur Darstellung des Innenministeriums und der Regierungsparteien sei in etlichen Fällen aus nicht nachvollziehbaren Gründen eben nicht der gewünschte Konsens erzielt worden. CSU und Staatsregierung "bügeln" die berechtigten Interessen der Bürger runter, zu deren Sprachrohr sich die SPD mache. Der Vorwurf, hier würden Probleme instrumentalisiert, zeige die Geisteshaltung der CSU. Die CSU habe zu lernen, wie in einer Demokratie mit Fragen und Kritik umzugehen sei. Kritik sei keine Majestätsbeleidigung, sondern darauf müsse sachlich eingegangen werden.

In einigen Fällen müsse dringend nachgearbeitet werden, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die sicherlich gefunden werden könnte. Als erstes Beispiel sei die Stadt Waischenfeld zu nennen. Der Bürgermeister von Waischenfeld, kein Sozialdemokrat, stelle in seinem Schreiben vom 3. Februar (Frau Abgeordnete Aures übergibt dem Staatssekretär das Schreiben) dar, dass die Stadt Waischenfeld zunächst ihr Einvernehmen mit einem Mastenstandort erklärt habe. Unabhängig davon

seien einige Zeit später ohne Einbeziehung der Kommune und der Bürger zwei neue, weitere Standorte im Bauamt angemeldet worden. Diese habe der Stadtrat abgelehnt. Daraufhin habe sich eine Bürgerinitiative gegründet. Als zu einem Gespräch eingeladen worden sei, seien die Verantwortlichen der Firma Telent nicht erschienen, um Rede und Antwort zu stehen. - Die Verantwortlichen hielten es nicht einmal für notwendig, zu begründen, warum zwei weitere Standorte notwendig seien. Der Bürgermeister habe den Wunsch, mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern über mögliche Alternativen zu sprechen.

Das zweite Beispiel sei Starnberg. Hierzu liege heute auch eine Petition vor. Hier gebe es unterschiedliche Vorschläge, und die Verantwortlichen seien nicht bereit, die Alternativstandorte - andere als die, die die Bürger ins Gespräch gebracht hätten - tatsächlich ernsthaft zu prüfen. Hier müsse man sich erneut an einen Tisch setzen.

Das dritte Beispiel sei der Fall Spalt - Massendorf. Hier habe das Innenministerium aufgrund ihrer, Schmitt-Bussingers, Intervention doch noch ein Umdenken in Aussicht gestellt. Die endgültige Antwort sei für Ende Februar in Aussicht gestellt worden. Es gebe keinen fachlichen oder monetären Grund, den Alternativstandort in Spalt am Standort Theilenberg nicht zu wählen. Dazu erbitte sie, Schmitt-Bussinger, eine Aussage des Staatssekretärs.

CSU und Staatsregierung sollten die Argumente der Betroffenen ernst nehmen, um zu retten, was noch zu retten sei. Denn die Kritiker seien zu konsensualen Lösungen bereit, wenn ernsthaft mit ihnen gesprochen werde. Das könnte sehr schnell gehen. Das bedinge auch einen entsprechenden Umgang mit den Petitionen.

Abg. Bernhard Pohl (FW) äußert, bei dieser fast schon "sowjetischen" Art der Einführung des Digitalfunks sollten die Regierungsfractionen froh sein, dass so konstruktiv diskutiert werde. Bei dieser Art von Einführung könne man schon fast nicht mehr von "Fünfjahresplänen" sprechen. - Staatssekretär Eck habe darauf hingewiesen, dass die Bürgerinitiativen zu weiteren Verzögerungen führen. (Widerspruch bei der CSU) Das könne es nicht sein. Die Einführung des Digitalfunks dauere nun schon seit zehn Jahren. Wenn es jetzt aufgrund von Standortdiskussionen noch Verzögerungen um ein paar Monate gebe, sei es ungerecht, die verzögerte Einführung des Digitalfunks auf

Bürgerinitiativen zurückzuführen. - Natürlich müsse die Einführung des Digitalfunks im Parlament politisch diskutiert werden, müssten die zu lösenden Probleme konstruktiv begleitet werden. Dabei werde niemand instrumentalisiert. - Es gebe Probleme, an deren Lösung der Staatssekretär engagiert arbeite. Die Tatsache, dass es eine Änderung in der Informationspolitik gegeben habe, besage, dass die alte Informationspolitik verfehlt gewesen sei. Das sei zu unterstreichen. Der Ausschuss arbeite sehr konstruktiv; es sei gesagt worden, die Probleme sollten jetzt, in der Abnahmephase behoben werden, damit später nicht richtige Probleme aufträten. Allerdings werde sich die Staatsregierung an der tatsächlichen Problemlösung messen lassen müssen. Das könnten die Rettungskräfte, die Polizei und das Parlament erwarten.

Abg. Susanna Tausendfreund (GRÜNE) weist die Auffassung zurück, es handele sich um Lippenbekenntnisse, wenn die GRÜNEN von ihrer Unterstützung für die Einführung des Digitalfunks sprächen. Das Grundproblem liege wohl darin, dass die Einführung des Digitalfunks zunächst viel zu einfach gesehen und zu euphorisch dargestellt worden sei. Mittlerweile seien Zeit und Kosten davongelaufen. Bei einer realistischeren Einschätzung wäre man ohne die jetzigen Diskussionen sicherlich weiter.

Die Frage nach den Kosten sei noch unbeantwortet. Zur Haushaltswahrheit und -klarheit gehöre es, im Voraus feststehende Kosten in den Haushalt aufzunehmen. - Der Ausdruck "Murks" beziehe sich natürlich auch auf die Arbeit der beauftragten Firma, die in der Lage sein müsste, den Digitalfunk ohne großes Knirschen einzuführen. - Einzuräumen sei, dass Herr Eck in der Informationspolitik der Staatsregierung eine Wende herbeiführen wollen, aber zwischen Anspruch und Wirklichkeit seien hier offenkundig noch große Differenzen vorhanden. Denn so, wie der Staatssekretär es wünsche, arbeite die Telent GmbH wohl nicht überall, wie die Rückmeldungen zeigten. - Unklar sei auch, ob der Inhouse-Empfang in der Tiefgarage des Bayerischen Landtags gesichert sei. Hier sollte der Bayerische Landtag mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Christine Kamm (GRÜNE) konstatiert, die Debatte sei zwar lang gewesen, habe bedauerlicherweise aber nicht klüger gemacht. Bei den technischen und finanziellen Problemen sei eine differenziertere Analyse erforderlich - allerdings nicht in Form eines

mündlichen Berichts im Ausschuss. Bis zur Lösung des Problems sollte der Ausschuss regelmäßig schriftlich oder elektronisch sachgerecht informiert werden.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium) betont, das Projekt laufe über Jahrzehnte; die ursprünglich veranschlagten Kosten könnten nicht gehalten werden. Um den gewünschten Standard der Funkversorgung zu erreichen, seien Veränderungen notwendig gewesen. Die Bundesnetzplanung sei in Berlin gemacht worden; bei der Betrachtung der Details hätten sich zusätzliche Standorte als notwendig erwiesen. Ferner seien die Erfordernisse der Gebirgsregionen hinzu gekommen. All das habe zu Kostensteigerungen geführt.

Den Erläuterungen zum Haushaltsplan seien die Details zu entnehmen. In den Haushalt 2011/12 seien die Kosten nicht aufgenommen worden, weil sie da wahrscheinlich nicht anfielen. Die Kosten für 2011 könnten aus den Ausgaberesten bestritten werden; 2012 fielen die Kosten vermutlich auch noch nicht an, weil die alpinen Standorte oder Standorte in den Naturschutzgebieten wahrscheinlich nicht so schnell realisiert werden könnten. Die Lösung der hier entstehenden technischen Probleme ziehe sich möglicherweise ins Jahr 2013 hinein. Das habe aber nichts mit dem Gesamtprojekt der Einführung des Digitalfunks und dem Funktionieren des Digitalfunks zu tun - der Digitalfunk in Bayern funktioniere, selbst wenn die alpinen Regionen noch nicht ganz abgearbeitet seien. Sollte die Mittel eher benötigt werden, könnten sie über den Nachtragshaushalt organisiert werden; wenn nicht, würden sie ganz regulär in den Doppelhaushalt 2012/14 eingestellt.

Die Aussagen sollten nicht verdreht werden. Er, Eck, habe nicht gesagt, dass sich das gesamte Projekt durch das Überdenken einer einzelnen Situation vor Ort verzögere. **Die Anliegen der Bürgerinitiativen würden ernst genommen.** Aber wenn die Planungen für Funkbasisstationen flächendeckend in ganz Bayern über Bord geworfen werden müssten, würde sich das Gesamtprojekt verzögern. Wer das nicht sehe, habe die falsche Brille auf.

Mehr Beispiele, als Frau Schmitt-Bussinger angeführt habe, gebe es wohl nicht, sonst wären sie sicherlich auch genannt worden. - Das Schreiben der Stadt Waischenfeld mache deutlich, dass mit den Kommunen gesprochen worden sei. Das Innenministeri-

um sei mit den Kommunen im Gespräch; das gelte auch im Fall Waischenfeld. Zwar habe man noch keine Lösung, sei aber im Gespräch.

Starnberg sei ein klassisches Beispiel für die Einbindung der Bürger. Hier werde angeführt, dass ein benachbarter Funkmast ein Grundstück entwerte. Wenn dem Petitem aus Starnberg Rechnung getragen werde, sei ein zusätzlicher Standort mit den entsprechenden Mehrkosten von rund 1 Million Euro bis 2021 die Folge. Dass der Alternativstandort auf öffentlichem Grund liege, sei in diesem Zusammenhang nicht von großer Bedeutung.

Zu Spalt werde die vorgeschlagene Alternative derzeit geprüft. - Auch dieser Fall zeige, dass das Innenministerium auf einem positiven Weg sei.

Vorsitzender Joachim Hanisch (FW) dankt für die ehrliche, umfangreiche und leidenschaftliche Berichterstattung und die Diskussionsbeiträge. Staatssekretär Eck habe den Eindruck vermittelt, den Kontakt zur Bevölkerung zu suchen. Das sei im Innenministerium nicht immer so gewesen; das sei zu begrüßen. Den beauftragten Firmen müsse wohl beizeiten auf die Füße getreten werden, damit die Einführung des Digitalfunks rasch und zügig realisiert werde. Der enge Kontakt mit den Kommunalpolitikern sei hier sicherlich der richtige Weg. (Beifall)

* * *